

Berlin, 4. April 2019

AWO

Mein Herz schlägt europäisch - #EuropeanHeart"

WPSEU 028/2019

## Für eine demokratische EU und eine starke Zivilgesellschaft

Wie kann das steigende Legitimationsdefizit der EU aus ihrer Sicht behoben werden? Mit welchen Kompetenzen muss das Europäische Parlament ausgestattet werden, um die EU demokratischer zu machen?

### Antwort:

Das Europäische Parlament ist der zentrale Ort für die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Wollen wir die europäische Demokratie mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen stärken:

- **mit echten europäischen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten.** Die Wählerinnen und Wähler sollen einfacher erfahren können, welche Partei im Europäischen Parlament für welche Inhalte steht. Dazu leistet der pointierte politische Wettstreit der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten um das Amt der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten einen wichtigen Beitrag.
- **mit der Einführung von europäischen Wahllisten.** Europawahlen sind zurzeit 28 nationale Wahlen. Wir wollen, dass europäische Spitzenkandidatinnen und -kandidaten nicht nur in ihren Mitgliedsstaaten gewählt werden dürfen, wie es heute der Fall ist, sondern in allen Mitgliedsstaaten. Dafür wollen wir transnationale Listen bei der Europawahl und ein Zweistimmenwahlsystem einführen: Eine Stimme entfällt auf eine transnationale Liste, die von den europäischen Spitzenkandidatinnen oder Spitzenkandidaten angeführt wird, die sich um die Präsidentschaft der Europäischen Kommission bewerben. Mit der anderen Stimme werden wie bisher die Kandidatinnen und Kandidaten auf der nationalen Liste für das Europäische Parlament gewählt.
- **mit einem Gesetzesinitiativrecht des Europäischen Parlaments.** Wir wollen, dass die europäischen Volksvertreterinnen und Volksvertreter endlich selbst Initiativen für Gesetzesvorhaben starten können. Bisher beschränkt sich das Initiativrecht des Europäischen Parlaments auf die Möglichkeit, die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags aufzufordern. Nur die Europäische Kommission hat das Recht, EU-Gesetzesvorschläge auf den Weg zu bringen.

- **mit einem Untersuchungs- und Kontrollrecht des Europäischen Parlaments.** Wir setzen uns für die Einführung eines gestärkten Untersuchungsrechts für das Europäische Parlament ein. Untersuchungsausschüsse müssen insbesondere die Möglichkeit erhalten, Personen vorzuladen, damit das Parlament Missstände besser aufarbeiten und die Exekutive wirksamer kontrollieren kann. Die Instrumente des Europäischen Parlaments, einzelne Kommissionsmitglieder während der gesamten Dauer ihrer Amtszeit zur Rechenschaft zu ziehen, sollten verbessert werden. Bei grobem Fehlverhalten sollte das Europäische Parlament nicht nur der gesamten Kommission, sondern auch einzelnen Mitgliedern mit qualifizierter Mehrheit das Misstrauen aussprechen können.
- **durch mehr Transparenz durch verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen.** In Europa gibt es lange Transparenz darüber, welche Verbände, Firmen und Vereine versuchen, ihren Einfluss im Europäischen Parlament geltend zu machen. Dieses Transparenzniveau wollen wir für alle EU-Institutionen. Damit wollen wir auch Vorbild sein für Regelungen in den Mitgliedsstaaten.
- **Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im EU-Ministerrat verstärken.** Europa muss noch an vielen Stellen zu deutlich schnelleren und effizienteren Entscheidungen kommen. Zu oft gilt noch das Prinzip der Einstimmigkeit. Dadurch wird die Handlungsfähigkeit Europas gelähmt. Künftig sollen wichtige Gesetzgebungen nicht mehr durch einzelne Mitgliedsstaaten blockiert werden können.

**Was muss aus ihrer Sicht unternommen werden, um eine Stärkung der Zivilgesellschaft zu erreichen und diese vor staatlichen Übergriffen zu schützen?**

**Auf welchen politischen und institutionellen Ebenen muss die Zivilgesellschaft mit eingebunden werden, damit eine echte Mitgestaltung gewährleistet werden kann?**

**Gemeinsame Antwort:**

Eine aktive europäische Zivilgesellschaft ist die Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern. Ihre Beteiligung war nie wichtiger als heute und für die europäische Integration unerlässlich. Demokratie kann ohne eine plurale, kreative und kritische Zivilgesellschaft nicht funktionieren. Die SPD fordert aus diesem Grund, dass die Auszahlung europäischer **Fördermittel an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gekoppelt** wird.

Die SPD will, dass **in Gesetzgebungsverfahren mehr auf die europäische Zivilgesellschaft gehört wird**. Dafür werden wir im europäischen Gesetzgebungsprozess zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Vereinen, NGOs, Jugendringen und -verbänden, Projekten und Initiativen eine transparente und chancengleiche Einbindung ermöglichen. Uns geht es um einen gleichberechtigten Dialog aller Partner und Partnerinnen.

Die SPD setzt sich zudem dafür ein, dass das **Budget für zivilgesellschaftliche Projekte im nächsten siebenjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 aufgestockt wird**. Wir dürfen nicht zulassen, dass in Europa Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstlerinnen und Künstlern systematisch einschränken. Die SPD hat mit dafür gesorgt, dass mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission auffordern können, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Wir wollen die **Reform der EBI zügig voranbringen**. Vor allem wollen wir das Mindestalter für eine Beteiligung auf 16 Jahre absenken.

Zivilgesellschaftliche Organisationen dürfen nicht weniger Zugang zu den Entscheidungsprozessen haben, als andere Verbände oder Organisationen. Deshalb setzt sich die SPD mit Nachdruck für **die Stärkung des EU-Lobbyregisters** (Transparenzregister) der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments ein.

## Ein soziales und solidarisches Europa fördern

**Welche Mittel halten Sie für geeignet, um mehr sozialpolitische Konvergenz in Europa herzustellen?**

**Antwort:**

Eine Harmonisierung von nationalen Systemen der Grundsicherung ist notwendig, um die Lebensstandards in den EU-Ländern zu verbessern. Manche Länder haben keine Grundsicherungssysteme, was ein Grund für Armutsmigration sein kann. Die Regelung einer Existenzsicherung muss durch einen universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen und aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ergänzt werden. Daneben müssen die sozialen Indikatoren wie Vermögensverteilung, Einkommensungleichheit und Armutsgrenze im Europäischen Semester, der Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, mehr berücksichtigt werden.

**Inwiefern sehen Sie die Europäische Säule Sozialer Rechte als Instrument zur Stärkung der sozialen Dimension?**

**Antwort:**

Die praktische Geltung der sozialen Grundrechte hat in Europa nicht Schritt gehalten mit der gelungenen wirtschaftlichen Integration. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, treten wir für eine **neue Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten** ein. Erst wenn die sozialen Rechte den Grundfreiheiten der EU gleichstehen, können europäische Gesetze nicht mehr zu Sozialabbau und Einschränkung der Mitbestimmung führen. Die 2017 proklamierte Europäische Säule der sozialen Rechte (ESSR) wollen wir deshalb mit einer **verbindlichen europäischen Sozialagenda** umsetzen und mit Leben füllen. Die Rechtsverbindlichkeit der sozialen Rechte muss sichergestellt werden. Im mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 sollen die nötigen finanziellen Mittel vorgesehen werden, die es braucht, um eine europäische Sozialpolitik für die Bürgerinnen und Bürger auch erfahrbar zu machen.

**Wie stehen Sie zu sozialen Mindeststandards?**

**Wie müssen soziale Mindeststandards ausgestaltet sein, damit sie in den Staaten mit einem höheren Sicherungsniveau nicht die bestehenden Standards verschlechtern?**

**Antwort:**

Wir wollen, dass die EU-Mitgliedsstaaten mittel- bis langfristig das Schutzniveau ihrer Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungssysteme angleichen. Dabei ist klar, dass es kein Nivellieren nach unten geben darf. Wir sind davon überzeugt, dass die Annäherung an ein hohes Sozialschutzniveau für alle die Nachfrage stabilisieren und Europas Volkswirtschaften

krisenfester machen wird. Als nächstes wollen wir einen Rahmen für **armutsfeste Mindestlöhne und adäquate Mindeststandards** für nationale Grundsicherungssysteme in allen EU-Staaten durchsetzen. Dies ist das Herzstück der im November 2017 proklamierten ESSR. Kein Vollzeitlohn in der Europäischen Union darf unter der nationalen Armutsschwelle liegen. Funktionierende nationale Lohnfindungsmechanismen und nationale Systeme der Mindestlohnsetzung gilt es zu erhalten.

Zudem wollen wir einen **europäischen Fonds als Rückversicherung für die Finanzierung von Sozialleistungen**. Er wird in guten Zeiten von allen Mitgliedsstaaten gefüllt. Während einer Beschäftigungskrise können sie hieraus Mittel beanspruchen, um mit dem Geld ihre Arbeitslosenversicherungen zu unterstützen – damit nicht in der schwierigen Zeit die Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden müssen. Nach der Krise führen sie das Geld zurück in den Fonds.

Die europäischen sozialen Grundrechte verlangen, dass sozial schwächeren Menschen der **Zugang zu Sozialwohnungen oder qualitativer Wohnungsbeihilfe** gewährt wird. Hierfür wollen wir die nationalen Akteure zusammenbringen und einen europäischen Austausch organisieren.

### **Wie stehen Sie zu einer Fortführung der Europa-2020-Strategie?**

#### **Antwort:**

Die Europa-2020-Strategie war zu Teilen erfolgreich. So wurde unter anderem, trotz schwieriger Startbedingungen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Beschäftigungsquote in Europa deutlich angehoben werden. Bei einer Fortführung der Europa-2020-Strategie ist es wichtig, die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) zu übernehmen. Dabei stellen die Bekämpfung von Armut sowie nachhaltiges Wirtschaftswachstum, welches im Einklang mit den umweltpolitischen Zielen liegt, Kernelemente dar.

### **Welche Rolle spielt Ihrer Ansicht nach die Strukturförderung bei der Gestaltung eines sozialen Europas in der Zukunft?**

#### **Antwort:**

Die Strukturförderung spielt bei der Gestaltung eines sozialen Europas eine entscheidende Rolle. Die Hälfte der EU-Mittel wird über die fünf Struktur- und Investitionsfonds vergeben, darunter unter anderem der Europäische Sozialfonds, der beschäftigungswirksame Projekte insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, junge Menschen und Arbeitssuchende fördert. Für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen wird der sogenannte ESF+ das wichtigste Finanzierungsinstrument der EU sein, um die Mobilität von Arbeitnehmern, Beschäftigungs-, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie der Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung von Armut sein. Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament ist es gelungen, insbesondere ein Instrument zur Bekämpfung von Kinderarmut mit einer Garantie von 5,9 Milliarden in den Fonds mitaufzunehmen.

**Stellt das „Europäische Semester“ ein geeignetes Werkzeug dar, um die sozialpolitischen Zielsetzungen der Europäischen Säule Sozialer Rechte anhand des Social Scoreboard zu überwachen?**

**Antwort:**

Das Europäische Semester ist der Einstieg zur Koordination der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die SPD setzt sich dafür ein, dass im Europäischen Semester Indikatoren wie Vermögensverteilung in der Bevölkerung, Einkommensungleichheit und Armutsgrenze mit aufgenommen werden können.

**Wie stehen Sie zu der Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung?**

**Antwort:**

Wir setzen uns für die Einführung eines europäischen Fonds als Rückversicherung für die Finanzierung von Sozialleistungen ein. Er wird in guten Zeiten von allen Mitgliedstaaten gefüllt. Während einer Beschäftigungs-krise können sie hieraus Mittel beanspruchen, um mit dem Geld ihre Arbeitslosenversicherungen zu unterstützen – damit nicht in der schwierigen Zeit die Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden müssen. Nach der Krise führen sie das Geld zurück in den Fonds. Damit kombinieren wir Eigenverantwortung und Solidarität.

**Unterstützen Sie das Konzept einer europäischen Kindergrundsicherung? Welche anderen Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut sind für Ihre Fraktion vorstellbar?**

**Antwort:**

Kinderarmut in Europa ist nicht hinnehmbar! Alle Kinder müssen kostenlosen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung, menschenwürdiger Unterkunft sowie gesunder Ernährung haben. Wir wollen dies mit dem Instrument der „Kindergarantie“ möglich machen und Kinderarmut in Europa beenden. Im Europäischen Parlament konnten wir dafür sorgen, dass hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von 5,9 Milliarden Euro beschlossen wurden.

**Unterstützen Sie die Umsetzung der bereits geplanten Finanztransaktionssteuer?**

**Antwort:**

Seit 2010 steht das Thema Finanztransaktionssteuer in Europa auf der Tagesordnung, insbesondere auf Druck unserer sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament. Es wird daher höchste Zeit, dass bestehende Blockaden überwunden werden und wir diese Gerechtigkeitssteuer endlich durchsetzen. Gemeinsam mit Frankreich hat Deutschland einen neuen Anlauf unternommen. Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer nach dem Vorbild der französischen Finanztransaktionssteuer in der EU einführen. Mit der Besteuerung von Transaktionen auf im Inland emittierte Aktien machen wir den ersten Schritt. Unser Ziel bleibt jedoch eine umfassende Finanztransaktionssteuer. Diese soll alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen umfassen.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Armut sowie für den Schutz von Klima und Umwelt eingesetzt werden?**

**Antwort:**

Steuern sind ihrem Wesen nach Abgaben, die alle zur Deckung des *allgemeinen* Finanzbedarfs zu zahlen sind. Wir wollen der EU mit dieser Steuer eigene Einnahmen ermöglichen. Dieses Geld soll auch für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Armut sowie für den Schutz von Klima und Umwelt eingesetzt werden.

## **Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen stärken**

**Ist Ihre Fraktion für die Erhaltung des Schutzes der gemeinwohlorientierten Erbringung sozialer Dienstleistungen im Steuersystem und in der Handelspolitik und dafür dass im Beihilferecht Ausnahmen der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse geschaffen werden?**

**Antwort:**

Faire Spielregeln für weltweiten Handel schaffen und diese durchsetzen muss auch in der Zukunft Priorität für die Handelspolitik der EU sein. Unser sozialdemokratisches Grundverständnis ist, dass die öffentliche Daseinsvorsorge durch internationale Handelsabkommen nicht ausgehöhlt werden darf. Rekommunalisierungen dürfen nicht durch das Handelsrecht verhindert werden. Der Schutz der Daseinsvorsorge, des Rechts zu Regulieren und des Vorsorgeprinzips sind unverhandelbare Bedingungen, die jedes Handelsabkommen für uns erfüllen muss.

**Sind Sie für eine Marktöffnung z. B. im Rahmen von EU-Freihandelsabkommen bei Gesundheits- und Sozialdienstleistungen?**

**Antwort:**

Die Bereitstellung öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher Personennahverkehr, Pflege, öffentliche Infrastruktur (auch digitale Infrastruktur, Wasserversorgung und Wasserentsorgung) kann nicht dem Markt überlassen werden. Zudem lehnen wir die Liberalisierung weiterer Dienstleistungsmärkte und das damit verbundene Absenken von Beschäftigtenschutz- und Qualitätsstandards ab.

**Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das in Deutschland etablierte und gut funktionierende Sozialrechtliche Dreiecksverhältnis beibehalten und geschützt wird?**

**Antwort:**

Das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis setzt einen ordnungspolitischen Rahmen für das Handeln sozialer Dienstleistungen im Markt, der sowohl für hilfeschende Menschen als auch für die Hilfe leistenden Dienste und Einrichtungen notwendig ist. Für unsere Fraktion ist es insbesondere wichtig, größtmögliche Selbstbestimmung und Teilhabe für hilfeschende

Menschen zu garantieren, was durch das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis als gute Rahmenbedingung garantiert wird und deshalb in jedem Fall geschützt werden muss.

## **Den Ausgleich zwischen den Regionen fördern**

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU-Kohäsionspolitik, insbesondere der künftige Europäische Sozialfonds (ESF+) auch weiterhin mit den finanziellen Mitteln ausgestattet sein wird, wie es derzeit der Fall ist?**

### **Antwort:**

Ja. Die SPD setzt sich für einen EU-Haushalt ein, der den Erwartungen und Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürgern an die Europäische Union entspricht. Dazu gehört auch eine finanziell gut ausgestattete Kohäsionspolitik. Sie ist in vielen Regionen Europas - auch in Deutschland - das wichtigste öffentliche Investitionsprogramm, das wir haben. Sie wird nicht weniger wichtig, nur weil wir etwa mehr im gemeinsamen Grenzmanagement oder der Rüstungspolitik tun wollen. Deswegen halten wir die ideologisch gefärbte Debatte über die Größe des EU-Haushalts und angebliche Nettobilanzen für nicht zielführend.

Eine Europäische Union, in der die Einkommensverhältnisse so radikal auseinandergehen, wie heute noch zwischen Luxemburg und Bulgarien, kann auf Dauer nicht stabil sein. Wir wollen, dass die ärmsten Mitgliedstaaten aufschließen, denn die Steigerung des Wohlstands für Alle ist ein zentrales Versprechen der EU. Dies ist auch im deutschen Interesse. Denn unsere Wirtschaft profitiert wie keine andere vom europäischen Binnenmarkt und dem Absatz im EU-Ausland. Genauso klar ist, dass es eine europäische Aufgabe sein muss, den Zusammenhalt innerhalb der Mitgliedstaaten zu stärken. Wir wollen das soziale Europa. Ganz konkret setzen wir uns deswegen ein für mehr Geld für die Jugendbeschäftigungsgarantie, für eine neue Kindergarantie, mit der allen Kindern der Zugang zu Bildung, eine gute Gesundheitsversorgung und den Zugang zu guten Nahrungsmitteln ermöglicht werden soll, und die gut ausgestattete Fortsetzung des ESF+.

**Setzt sich Ihre Fraktion für eine inklusive Gestaltung der EU-Förderprogramme ein, die benachteiligte Gruppen mehr in den Fokus rückt?**

### **Antwort:**

Ja. Mit einem europäischen Masterplan Inklusion wollen wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft verbessern. Dafür brauchen wir ein einheitliches europäisches Behindertenrecht im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir verhandeln im Europäischen Parlament gerade die Dachverordnung, welche die EU-Fördermittel von 2021 bis 2027 regelt. Unsere Fraktion hat einen ganz neuen Artikel in diese Dachverordnung eingebracht, der konkrete Schritte zur Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung fordert, Geschlechtergleichstellung sicherstellt, Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung unterstützt und sich den UN Zielen für Nachhaltige Entwicklung verpflichtet.

### **Sind Sie für eine Vereinfachung der Abwicklung von Förderprogrammen insbesondere beim Abrufen der Mittel?**

**Antwort:**

Ja. In der Dachverordnung für die zukünftige Gestaltung der Programme für die EU-Fördermittel von 2021 bis 2027 setzt sich unsere Fraktion für weitgehende Vereinfachungen und Bürokratieabbau für die EU-Fonds ein. Durch Kostenpauschalen, die Abschaffung doppelter Rechnungskontrolle und vereinfachte Antragsstellung wird Bürokratie abgebaut. Dass zum Beispiel dieselben Projekte, mehrmals von verschiedenen Behörden kontrolliert werden, ist unnötig und führt zu vermeidbarem Verwaltungsaufwand bei den Projektträgerinnen und Projektträgern. Deshalb möchten wir diese bürokratische Praxis auch zum Wohle der Regionalen Wirtschaft ändern.

### **Ist Ihre Fraktion dafür, die Europäische Säule Sozialer Rechte auch in der Gestaltung der Förderprogramme zu berücksichtigen?**

**Antwort:**

Ja. Die Europäische Soziale Rechte ist eine wichtige Errungenschaft, die das soziale Profil der Europäischen Union gestärkt hat. Klar ist, dass den Absichtsbekundungen Taten folgen müssen. Das gilt in den einzelnen Mitgliedstaaten, aber natürlich auch für den europäischen Haushalt.

Für uns bedeutet das, die Sozialprogramme der EU finanziell zu stärken und nicht noch zu kürzen. Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut sind europäische Probleme, zu deren Bekämpfung der EU-Haushalt einen Beitrag leisten muss. Deswegen wollen wir gezielt diese Programme stärken. Auch der Europäische Sozialfonds ist dank seiner subsidiären und etablierten Struktur ein erfolgreiches Programm, den wir weiterhin mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten wollen.

Wir glauben aber auch, dass man die soziale Frage in allen Politikbereichen mitdenken muss. Das gilt für die Kohäsionspolitik genauso wie für die Weiterentwicklung der Eurozone, die Gemeinsame Landwirtschaftspolitik oder die Investitionspolitik. Unser Maßstab hier sind die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Den darin festgeschriebenen Zielen wie etwa die Reduzierung von Armut und Ungleichheit, Gesundheit, gute Bildung, gute Arbeit und insbesondere auch die Gleichberechtigung der Geschlechter müssen alle EU-Programme dienen. Nur Programme, die zu diesen gesellschaftlichen Herausforderungen einen Beitrag leisten, schaffen aus unserer Sicht einen europäischen Mehrwert.

## **Die Europäische Flüchtlingspolitik neu gestalten**

### **Sind Sie dafür, dass im Rahmen der Europäischen Förderprogramme und vor allem im Rahmen des neuen Asyl- und Migrationsfonds (AMF) verstärkt Integrationsmaßnahmen gefördert werden?**

**Antwort:**

Europäische Förderprogramme sollten Integrationsmaßnahmen unterstützen, speziell auch der neue Asyl- und Migrationsfonds. Damit dies auch im Titel des neuen Fonds deutlich wird, fordern wir unter anderem, dass dort das Wort „Integration“ eingefügt wird, und der Fonds

dann Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) heißt. Zur Unterstützung der Integrationsarbeit, welche von zahlreichen europäischen Kommunen geleistet wird, fordern wir die Einführung eines europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds. Städte und Kommunen, die sich bereit erklären Geflüchtete aufzunehmen, sollen bei den Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten finanziell unterstützt werden. In Multi-Stakeholder Beiräten sollen die Bürgerinnen und Bürger dabei über die Aufnahme von Flüchtlingen mitbestimmen.

**Sind Sie dafür, dass die EU nur dann Drittstaaten- Regelungen treffen darf, wenn in dem jeweiligen Drittstaat die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ratifiziert wurde und alle Teile des Staates als sicher gelten?**

**Antwort:**

Für die SPD gilt die Regelung des Art. 16 a Grundgesetz. Sichere Drittstaaten können demnach nur Länder sein in denen „die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt“ sind.

**Sind Sie für die Schaffung eines europäischen Resettlement-Rahmens?**

**Antwort:**

Wir wollen die Ausweitung des EU-Resettlement-Programms und die verbindliche Umsetzung der Kontingentziele in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Die kontrollierte Aufnahme von Flüchtlingen in den europäischen Staaten verbessert die Lebensumstände aller Schutzsuchenden in den Flüchtlingslagern des UNHCR. Migrationspartnerschaften, bei denen Staaten außerhalb der EU nur dafür bezahlt werden, Migrantinnen und Migranten an der Durchreise zu hindern, lehnen wir ab.

**Setzt sich Ihre Fraktion für das Recht auf Familienzusammenführung im Rahmen des Dublin-Verfahrens ein?**

**Antwort:**

Schon heute gehen in der Dublin-Verordnung die Kriterien der Familieneinheit (Art. 8–11) in der Rangfolge dem Ersteinreisepinzip (Art. 13) explizit vor. Die SPD wird sich auch künftig für das Recht der Familienzusammenführung im Rahmen des Dublin-Verfahrens einsetzen. Damit wollen wir es Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ermöglichen, ihren Antrag in dem EU-Mitgliedstaat zu stellen, in dem sie bereits familiäre Verbindungen haben. Generell unterstützen wir auch den Familiennachzug für Angehörige, die sich noch nicht auf EU-Gebiet befinden.

**Hat Ihre Fraktion eine Positionierung zur Schutzgewährung von Klimaflüchtlingen?****Antwort:**

Der Klimawandel wird für viele Menschen zur Fluchtursache. Es gilt daher den rechtlichen Status von Menschen, die ihre Heimat aufgrund klimatischer Veränderungen verlassen haben, auf internationaler Ebene zu klären und dabei auch die Komplexität der Fluchtursachen zu berücksichtigen. Entscheidend ist aber, dass die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpft werden. Nicht zuletzt deshalb sind eine ambitionierte Umweltpolitik sowie faire Handelspolitik höchst an der Zeit.

**Ein Europa der Chancengleichheit und der Gleichberechtigung****Sind Sie für die EU-weite Einführung eines Diskriminierungsschutzes von Menschen mit Behinderungen für sämtliche Lebensbereiche?****Antwort:**

Mit einem europäischen Masterplan Inklusion wollen wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft verbessern. Dafür brauchen wir ein einheitliches europäisches Behindertenrecht im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir verhandeln im Europäischen Parlament gerade die Dachverordnung, welche die EU-Fördermittel von 2021 bis 2027 regelt. Unsere Fraktion hat einen ganz neuen Artikel in diese Dachverordnung eingebracht, der konkrete Schritte zur Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung fordert, Geschlechtergleichstellung sicherstellt, Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung unterstützt und sich den UN Zielen für Nachhaltige Entwicklung verpflichtet.

**Wie steht Ihre Fraktion zur Anwendung von Disability Mainstreaming aller Gesetze, Programme, Richtlinien und Verordnungen?****Antwort:**

Die SPD unterstützt grundsätzlich das Disability Mainstreaming aller Gesetze. Die EU und alle Mitgliedsstaaten haben die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Dies bedeutet, dass alle Aspekte des Haushaltsentwurfs sicherstellen müssen, dass EU Mittel keine neuen Barrieren für Menschen mit Behinderung schaffen. Wir fordern, dass alle Programme des nächsten EU Haushalts sich nach den folgenden Prinzipien richten:

- Barrierefreiheit: Der EU-Haushalt soll nur in barrierefreie Infrastruktur und Dienstleistungen investieren.
- Selbstständiges Leben: Keine EU-Mittel sollen in die Segregation oder das institutionalisierte Wohnen für Menschen mit Behinderung fließen. Die Ressourcen sollen stattdessen in barrierefreien Wohnraum und Transport, Beschäftigung, Bildung und barrierefreien Zugang zu regulären Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung fließen.

- Soziale Inklusion: Alle EU Programme müssen sicherstellen, dass Menschen mit Behinderung explizit eingeschlossen sind, dabei sind Barrierefreiheit und angemessene Unterbringung sicherzustellen.

**Setzt sich Ihre Fraktion dafür ein, dass finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die gezielte Investitionen in Barrierefreiheit, Bewusstseinsbildung und Anti-Diskriminierung ermöglichen?**

**Antwort:**

Um die Rechte von Menschen mit Behinderung zu stärken, unterstützen wir die Europäische Strategie zugunsten Menschen mit Behinderungen (2010-2020) als Hauptinstrument zur Umsetzung der UN-Konvention. Die Strategie fördert die aktive Eingliederung und uneingeschränkte Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben und agiert dabei insbesondere in den Bereichen Zugänglichkeit, Teilhabe, Gleichstellung, Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung, sozialer Schutz, Gesundheit und Maßnahmen im Außenbereich. Die Strategie enthält ebenfalls verpflichtende Anforderungen im Hinblick auf die Barrierefreiheit von öffentlichen Räumen sowie einem Mindestprozentsatz in Bezug auf die Einstellung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Im vergangenen Jahr hat eine erste Evaluierung der Strategie stattgefunden, deren Ergebnisse dann als Grundlage für künftige Maßnahmen verwendet werden.

Zudem unterstützen wir eine umfangreiche Behindertenrechts-Strategie 2021-2030, welche durch ein inter-institutionelles Abkommen auf EU-Ebene eingeführt werden soll. Diese Strategie soll im EU-Haushalt 2021-2027 angewendet werden. Um Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken, unterstützen wir die Forderung des European Disability Forums, das Jahr 2021 zum „Zweiten Europäischen Jahr für die Rechte von Personen mit Behinderung“ zu erklären“.

## **Chancen und Perspektiven fördern durch internationale Mobilität in den Bereichen Arbeit, Bildung und Engagement**

**Setzen Sie sich für die weitere Umsetzung der Jugendgarantie ein, um langfristig allen Jugendlichen die gleichen Chancen auf Bildung und Beschäftigung zu garantieren?**

**Antwort:**

Wir wollen jungen Menschen ein wichtiges Signal geben, um das Vertrauen in ihr Europa zu stärken. Seit 2014 haben mehr als 15 Millionen junger Europäerinnen und Europäer von der Jugendgarantie profitiert und Weiterbildung oder Arbeit gefunden. Sie sorgt in den Mitgliedstaaten für Reformen und Innovation in der Ausbildungs- und Beschäftigungsstruktur. Doch die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist immer noch zu hoch. Deshalb wollen wir die Mittel für die Jugendgarantie deutlich aufstocken. Nur so kann das europäische Versprechen gehalten werden, allen jungen Menschen unter 25 Jahren in vier Monaten konkrete Angebote für eine sichere berufliche Zukunft zu machen. Zudem fordern wir europaweit wollen eine faire

Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende, die sich an den jeweiligen Lebenshaltungskosten orientiert. Nur so können sich junge Menschen voll auf ihre Ausbildung konzentrieren. Bildung und Ausbildung dürfen junge Menschen nicht in Armut führen!

**Sind Sie für eine legislative Festschreibung des Schutzes der Arbeitnehmer\*innen in Bezug auf die in der Europäischen Säule Sozialer Rechte festgeschriebenen Rechte?**

**Antwort:**

Ja, wir sind für eine rechtlich verbindliche Säule Sozialer Recht, damit jede/n Arbeitnehmer/in die in dem Text verabschiedeten 20 Grundprinzipien zu guten und fairen Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und Sozialschutz einklagen kann.

**Sind Sie in dem Programm Europäisches Solidaritätskorps für eine Abgrenzung des Freiwilligendienstes als Sozialisationsinstanz von Maßnahmen der Arbeits- bzw. Beschäftigungsförderung?**

**Antwort:**

Ja, die SPD befürwortet eine klare Trennung zwischen Maßnahmen, die der Arbeits- und Beschäftigungsförderung dienen und der Förderung freiwilligen Engagements. Für die Sicherung beider Bereiche ist es unverzichtbar, dass sie auch klar sichtbar bleiben. Zudem ist das Europäische Solidaritätskorps eine Weiterentwicklung des Europäischen Freiwilligendienstes. Das Europäische Parlament hat gerade den Fortbestand dieses Solidaritätskorps bis 2027 gesichert - als selbstständiges Programm mit eigenem Budget. In keinem Falle dürfen aus dem Solidaritätskorps finanzierte Stellen regelmäßige Arbeit ersetzen. Deshalb bleibt es bei der Unterscheidung zwischen solidarischen Tätigkeiten zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und zur Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie Praktika und Arbeitsstellen. Darüber hinaus werden ab 2021 solidarische Tätigkeiten im Zusammenhang mit humanitärer Hilfe gefördert und damit das Europäische Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe in den Solidaritätskorps integriert. Insgesamt soll das Europäische Solidaritätskorps mehr jungen Europäerinnen und Europäer die Möglichkeit geben, sich solidarisch in Europa und darüber hinaus für Demokratie und Gemeinwohl zu engagieren.

Wir haben in den Verhandlungen nicht nur eine umfassende Inklusionsstrategie durchgesetzt, wie im neuen Erasmus+ Programm, sondern auch die Lernkomponente des Programms hervorheben können. Gerade junge Europäerinnen und Europäer mit schlechteren Ausgangschancen profitieren von der Inklusionsstrategie und haben zukünftig einen besseren Zugang zu beiden Programmen.

**Ist Ihre Fraktion bei der Schaffung eines Europäischen Bildungsraumes bis 2025 auch für die Berücksichtigung des Bereichs der non-formalen Bildung?**

**Antwort:**

Die Europäische Union wird sich an dem Versprechen, bis 2025 einen Europäischen Bildungsraum zu schaffen, messen lassen müssen. Wir fordern, dass ein Europäischer Bildungsraum in Sachen Qualität, Inklusion und Innovation international Maßstäbe setzt.

Wir Sozialdemokraten werden weiter darauf drängen, dass das Versprechen, non-formale Bildungsergebnisse fair zu validieren, umfassender realisiert wird. Mit fortschreitendem digitalen Wandel werden zunehmend non-formale Bildungskompetenzen bei jedem Einzelnen erwartet, die die formalen Lernergebnisse ergänzen. Dem müssen Bildung und Ausbildung stärker Rechnung tragen und wir müssen alle Menschen zielgerichteter motivieren lebenslang zu lernen.

Formale, informelle und non-formale Bildungsprozesse müssen zusammen gedacht werden und zudem das Potenzial von „Blended-Learning“ - der Verknüpfung klassischer und digitaler Lernmethoden- voll ausschöpfen. Formale Bildung steht weiterhin im Mittelpunkt und für jeden individuell sinnstiftend und zielgerichtet um non-formale Inhalte ergänzt werden. Es wird zunehmend wichtiger sicherzustellen, dass Bildung umfassend als öffentliche Aufgabe in bester Qualität öffentlich stattfindet. Für die Erreichung unseres Ziels, allen Menschen die Möglichkeit des qualitativ hochwertigen lebenslangen Lernens zu ermöglichen sowie die Vielsprachigkeit in Europa zu fördern ist dies unverzichtbar. Schließlich wird künftig durch ERASMUS+ non-formales Lernen sehr viel stärker als bisher gefördert werden können.

## **Digitalisierung sozial gestalten**

**Sind Sie für die Schaffung europaweiter verbindlicher Mindestregelungen für den Zugang zum Sozialschutz für (Solo-)Selbstständige und atypisch Beschäftigte?**

**Antwort:**

Durch den technologischen Fortschritt dürfen keine Rückschritte bei den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen. Wir wollen keine „digitalen Tagelöhnerinnen und Tagelöhner“, die nur auf Abruf arbeiten können. Die Entgrenzung der Arbeit und eine fortwährende Erreichbarkeit der Beschäftigten lehnen wir ab. Deshalb sprechen wir uns für Mindeststandards in puncto Sozialschutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Selbstständigen aus, um Selbstständige sowie atypisch-Beschäftigte zu unterstützen. Personen, die sich in atypischen Beschäftigungsverhältnissen befinden, aber auch Selbstständige sollen künftig in allen EU Mitgliedsstaaten angemessene Sozialschutzansprüche aufbauen können. Aber auch die Übertragung von Sozialversicherungsansprüchen zwischen den Systemen gilt es zu erleichtern. Außerdem wollen wir verhindern, dass die Grenzen zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit zunehmend verwischen und folglich immer weniger Menschen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Es braucht daher gesamteuropäische Kriterien wie Beschäftigtenverhältnisse in neuen, atypischen und digitalen Arbeitsformen ausgestaltet sein müssen. Erst dadurch kann eine klare Unterscheidung zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Beschäftigung gewährleistet werden.

## **Sind Sie für die Schaffung rechtlicher Regelungen speziell zum Schutz von Arbeitnehmer\*innen und Konsument\*innen im Digitalen Raum?**

### **Antwort:**

Die SPD will, dass alle vom digitalen Wandel profitieren. Im Zentrum der Digitalisierung muss der Mensch stehen, das heißt die Bürgerinnen und Bürger Europas. Wir werden ihre Souveränität, Freiheit und Sicherheit schützen und stärken. Eine zentrale Herausforderung ist die Gestaltung der Zukunft der Arbeit im digitalen Zeitalter.

Die SPD tritt für einen stärkeren Beschäftigtenschutz ein, der dem Trend zum gläsernen und jederzeit abrufbaren Angestellten einen Riegel vorschiebt. Dazu gehört auch der Beschäftigtendatenschutz, welchen wir im Lichte neuer Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz, digital vernetzter Industrieproduktion und plattformgetriebener Dienstleistungsarbeit europaweit modernisiert sehen wollen.

Wir wollen zudem einen neuen Flexibilitätskompromiss in puncto Arbeitszeit. Letztere darf uns in Zeiten digitaler Vernetzung und ständiger Erreichbarkeit nicht entgleisen und braucht eine klare Regulierung. Jeder und jedem muss das Recht auf Nichterreichbarkeit und das Recht auf Freizeit zustehen. Der Achtstundentag steht dabei für uns nicht zur Disposition. Auch die Rechte der Verbraucher\_innen brauchen ein Update im digitalen Zeitalter. Dazu gehört unter anderem die europäische Regulierung von Medienplattformen.

Wer im Internet unterwegs ist, soll besser vor unerwünschter Werbung und Nachspionieren („tracking“) geschützt werden. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen zudem in der Lage sein, bei Alltagsgeschäften online anonym zu bezahlen – in dem Rahmen, in dem dies auch bei Bargeldzahlungen möglich ist.

Um Verstöße gegen Verbraucher\_innenrechte zu unterbinden, soll – im Falle eines Verstoßes – die Höhe des von den Konzernen bezahlten Bußgeldes künftig neben der Schwere des Verstoßes auch vom Umsatz des betroffenen Konzerns abhängig sein.

## **Welche Schwerpunkte sind Ihnen bzw. Ihrer Fraktion im Zusammenhang mit Digitalisierung besonders wichtig?**

### **Antwort:**

Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und den Risiken entgegenzuwirken, ist der Umgang mit der Digitalisierung eine der aktuell wichtigsten politischen Fragen für die Europa-SPD, denn wir wollen, dass die Chancen der neuen Technologien zum Wohle aller genutzt werden. Im Einzelnen heißt das für uns:

- **Daten für alle – digitale Monopole aufbrechen:** Google, Amazon und Facebook sind zu Datenmonopolisten mit unglaublicher Macht geworden. Wir werden den offenen Zugang zur Nutzung von vollständig anonymisierten und nicht personenbezogenen Daten in Europa sicherstellen und verhindern, dass Datenschätze weiterhin von einigen Monopolkonzernen exklusiv verwertet werden. Dafür verpflichten wir sie, ihre vollständig anonymisierten und nicht personenbezogenen Daten zu teilen und öffentlich zugänglich zu machen. Zudem werden wir Anreize für gemeinsame Datenpools schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, auf freiwilliger Basis Daten zu teilen.

- **Offene Schnittstellen bei Bezahlfunktionen oder Sprachsteuerung von Zusatzgeräten.** Die digitalen Großkonzerne haben eigene Bezahl- und Sprachsteuerungssysteme geschaffen. Diese müssen offen sein für andere europäische Dienstleister, um den Marktzugang zu erleichtern und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.
- **Sicherheitsupdates für mobile Endgeräte gewährleisten.** Hersteller von Mobiltelefonen, Tablets und ähnlichen mobilen Endgeräten wollen wir verpflichten, für den Zeitraum von mindestens vier Jahren ab Verkaufsstart Sicherheitsupdates für das Betriebssystem der gekauften Geräte kostenlos anzubieten.
- **Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk schaffen.** Wir wollen schnelles Internet und flächendeckenden Mobilfunk für alle Bürgerinnen und Bürger, gerade auch in ländlichen Regionen. Die Versorgung gehört zur Daseinsvorsorge und muss daher in der Fläche zu 100 Prozent sichergestellt werden. Die Investitionen müssen aus der Privatwirtschaft kommen – dafür schaffen wir entsprechende Investitionsanreize.
- **IT-Sicherheit verbessern:** Die Verletzlichkeit der „digitalen Gesellschaft“ ist groß. Wir werden Haftungsregeln für die Hersteller vernetzter Produkte definieren, gesetzliche Standards verbessern und die Unabhängigkeit der Behörden zum Schutz der IT-Sicherheit stärken. Zudem wollen wir eine europaweite einheitliche Kennzeichnung einführen, die auf die Netzwerkfähigkeit technischer Geräte hinweist, die auf dem europäischen Markt verkauft werden. Schwachstellen beim Schutz der europäischen Industrie werden wir schließen und Cyberwaffen weltweit ächten.
- **Gemeinwohlorientierte Digitalisierungsförderung.** In der „digitalen Gesellschaft“ müssen zivilgesellschaftliche Stimmen die gleiche Geltung haben wie Stimmen der Wirtschaft. Um das zu gewährleisten, schaffen wir eine europäische Einrichtung, die technologische Lösungen zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme mit allen Akteuren organisiert.
- **Wir wollen prüfen, ob es möglich ist, europäische Alternativen zu den derzeit dominierenden Plattformunternehmen aufzubauen.** Das übergreifende Ziel zur Stärkung von Demokratie sowie Meinungsfreiheit und -vielfalt könnte eine neue digitale Infrastruktur für Europa sein: transnationale Plattformen mit Angeboten für die europäische Öffentlichkeit.

## Europäischen Klimaschutz fördern

**Sind Sie für die Umsetzung des am 5. Oktober 2016 von der EU ratifizierten Pariser Klimaabkommens, um die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen?**

### **Antwort:**

Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgarneutralität bis 2050. Den damit

verbundenen Strukturwandel wollen wir im Interesse der Beschäftigten gerecht gestalten. Wir wollen dafür Europas Industrie möglichst klimaneutral und gleichzeitig wettbewerbsfähig ausgestalten und die Europäische Energieversorgung CO<sub>2</sub>-neutral und bezahlbar sicherstellen.

**Sind Sie dafür, die Klimaziele der Vereinten Nationen, welche in den Sustainable Development Goals (SDGs) enthalten sind, auf europäischer Ebene konsequent umzusetzen?**

**Antwort:**

Wir verstehen die 17 Nachhaltigkeitsziele 2030 der Vereinten Nationen (SDG) als Leitbild unseres euroapolitischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen Politikbereiche gemeinsam gelöst werden können. Dementsprechend fordern wir auch stärkere Anstrengungen gegen die Klimaerwärmung: Um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasreduzierung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Aus dieser Konsequenz heraus will die SPD, um die weltweite Umsetzung der Pariser Klimaziele zu intensivieren, darüber hinaus die Bedeutung und die Kapazitäten der Klimadiplomatie Europas ausbauen.

## **Offene Methode der Koordinierung Weiterentwickeln**

**Wie beurteilen Sie die Offene Methode der Koordinierung als sozialpolitisches Instrument der EU?**

**Antwort:**

Das Prinzip der Offenen Methode der Koordinierung ist sinnvoll und muss genau dort eingesetzt werden, wo die Europäische Union nur geteilte Kompetenzen besitzt. Wir wollen dies verstärkt in der Sozialpolitik einsetzen. Dazu ist es notwendig, das Prinzip der Einstimmigkeit im Rat bei bestimmten sozialpolitischen Fragen zu überwinden. So ist es einzelnen Ländern aktuell möglich, durch ihre Gegenstimme im Rat, bei Fragen zur sozialen Sicherheit oder dem Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, weiteren Fortschritt zu blockieren. Künftig sollen wichtige Gesetzgebungen nicht mehr durch einzelne Mitgliedstaaten blockiert werden können.

**Sind Sie dafür, dass im Bereich der Pflegepolitik europaweit einheitliche Standards für das Berufsbild Altenpflege entwickelt werden?**

**Antwort:**

Wir sehen mit Bezug auf die Pflegepolitik den dringendsten Handlungsbedarf bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Berufserfahrung. Aktuell sind einheitliche europäische Standards beim Beruf der Altenpflege schwerumsetzbar, da die Ausbildungssysteme der Mitgliedsstaaten im Bereich der Altenpflege zu divers sind.